

PRESSEMITTEILUNGPRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.deInternet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Bildungspolitik

**Sylvia Eisenberg:
Simonis-Regierung kürzt beim Schulbau- und Sanierungs-
programm**

Klammheimlich und ohne ordentliches Anhörungsverfahren habe die rot-grüne Landesregierung bei der anstehenden Neufassung der Richtlinien für die Gewährung von Zuweisungen zur Schulbaumaßnahmen an öffentlichen Schulen (Schulbauförderrichtlinien) die Landeszuwendungen gekürzt, erklärte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Sylvia Eisenberg, heute in Kiel.

„Standen den kreisangehörigen Schulträgern für Neu- und Erweiterungsbaumaßnahmen bis zum 31.12.2004 noch Fördersätze von 50 und 55 Prozent zu, so sieht die Neufassung der Schulbauförderrichtlinien hierfür künftig nur noch einen einheitlichen Fördersatz von 45 Prozent vor. Damit entfallen einigen Schulträgern Zuwendungen für notwendige Schulbauprojekte von bis zu zehn Prozent der Gesamtkosten. Auch die Fördersätze für Sanierungsmaßnahmen werden von bislang drei verschiedenen Förderquoten (20 Prozent, 25 Prozent und 30 Prozent) auf künftig 25 Prozent vereinheitlicht, so dass zahlreiche Schulträger bei Sanierungsmaßnahmen fünf Prozent weniger Landesmittel erhalten werden, als ursprünglich eingeplant,“ so Sylvia Eisenberg weiter. „Durch dieses Vorgehen entzieht Rot-Grün den Schulen und Schulträger die notwendige Planungssicherheit, die gerade in Zeiten schlechter Haushaltslagen so wichtig ist.“

Die angemeldeten Schulbau- und Sanierungsmaßnahmen seien auf der Grundlage der Fördersätze der alten Richtlinie geplant worden, da die rot-grüne Landesregierung die Schulen und Schulträger über die vorgesehene Kürzung nicht informiert habe. Diese Fehlinformation führe nun dazu, dass die Schulträger für die wegfallenden Landeszuschüsse aufkommen müssten, um die geplanten Maßnahmen durchzuführen. Die Simonis-Regierung hingegen komme ihren Verpflichtungen ein weiteres Mal nicht nach.

„Während Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave im Land lauthals ankündigt, Schulen, die sich breit erklären, Einheitsschulen zu werden, durch einen Innovationsfonds zusätzlich zu fördern, reicht das Geld offenbar nicht mehr für lang geplante und notwendige Schulbaumaßnahmen aus. Das ist ideologisierte Förderpolitik, die von SPD und Grünen praktiziert wird. Wir fordern die Landesregierung auf, die Änderung der Fördersätze in der Schulbaurichtlinie zurückzunehmen, um allen Schulen im Lande die notwendige Planungssicherheit zu gewährleisten. Erst nach einem ordentlichem Anhörungsverfahren, das rechtzeitig vor Inkrafttreten - und nicht wie in diesem Fall erst im Nachhinein - alle Betroffenen über beabsichtigte Änderungen informiert, kann eine Neuregelung eingeführt werden,“ resümierte Sylvia Eisenberg.